

Tagesordnung

TOP Thema

1. Genehmigung der Niederschrift vom 13.01.2020
2. Finanzielle Entwicklung des Verwaltungshaushalts
3. Ermittlung von Einsparmöglichkeiten und Erhöhung von Einnahmen im Verwaltungshaushalt
4. Finanzielle Entwicklung des Vermögenshaushalts
5. Ermittlung von Einsparmöglichkeiten und Erhöhung von Einnahmen im Vermögenshaushalt
6. Anfragen, Wünsche und Informationen

1. Genehmigung der Niederschrift vom 13.01.2020

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss genehmigt das oben genannte Protokoll ohne Einwendungen.

2. Finanzielle Entwicklung des Verwaltungshaushalts

Bürgermeister Kressirer erläutert, dass auf Grund der Corona-Pandemie schon jetzt Gewerbesteuerereinnahmen ausfallen und Stundungen beantragt wurden.

Er rechnet damit, dass sich die Kreisumlage in 2022 und 2023 um 1 Mio € erhöht. Das Haushaltsvolumen des Landkreises beträgt aktuell 210 Mio €. Davon fallen nur 20 Mio € auf den Vermögenshaushalt. Etwa 110 Mio € bezahlen die Gemeinden über die Umlage. Davon wiederum haben die Stadt Erding und die Gemeinde Oberding bisher fast die Hälfte getragen. Diese beiden Kommunen haben in der Krise überdurchschnittlich hohe finanzielle Einbrüche. Die Kreisumlage für alle anderen Gemeinden des Landkreises wird sich deshalb erhöhen.

Für die Entwicklung des Verwaltungshaushaltes 2020 hat Kämmerer Nummerger drei Szenarien (Best Case, Medium Case, Worst Case) erstellt. Für die kommenden Jahre wurde mit dem Medium Case weitergeplant. Die Unterlagen stehen den Ausschussmitgliedern zur Verfügung.

Der Verwaltungshaushalt 2020 hat ein geplantes Volumen von 10.387.397,00 €. Nach den vorgestellten Szenarien verringert es sich im Best Case auf maximal 9.241.842,00 € und es kann statt 1.197.555,00 € eine geringe Summe von 145.555,00 € dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. In den anderen beiden Fällen ist dem Vermögenshaushalt etwas zu entnehmen, damit der Verwaltungshaushalt ausgeglichen werden kann.

In den folgenden Jahren wird es voraussichtlich dabeibleiben, dass der Verwaltungshaushalt durch eine Zuführung aus dem Vermögenshaushalt ausgeglichen werden muss.

Dies bedeutet, dass die geplanten Kreditaufnahmen erhöht werden müssen. Für dieses Jahr waren Kredite in Höhe von 3,7 Mio € vorgesehen. Mit der jetzigen Situation rechnet Bürgermeister Kressirer eher mit einer Kreditaufnahme von 4,9 Mio €. Jede Kreditaufnahme verschlechtert allerdings die Situation des Verwaltungshaushalts aufgrund der Mindestzuführung zur Tilgung der Kredite.

Im Verwaltungs- und Finanzausschuss entsteht eine ausführliche Diskussion.

GR Heilmair beantragt, in den Jahren 2022 und 2023 keine Erhöhung der Kreisumlage einzuplanen. Der Landkreis muss ebenso wie die Gemeinde seine Ausgaben reduzieren und seinen Haushalt selbst über Kreditaufnahmen finanzieren. Wenn die Gemeinde signalisiert, dass sie bereits mit der Erhöhung der Kreisumlage gerechnet hat, fällt es dem Landkreis wesentlich leichter, die Finanzierung seines Defizits auf die Gemeinden umzulegen. Seiner Meinung nach ist es wichtig, dass alle Gemeinden des Landkreises gemeinsam dafür kämpfen, dass die Kreisumlage nicht erhöht wird.

GRin Echinger informiert in ihrer Funktion als Kreisrätin, dass in den Ausschüssen des Landkreises bereits jetzt Einsparmöglichkeiten umgesetzt werden. Doch dies sind häufig keine großen Summen. Mit einer Erhöhung der Kreisumlage für die Gemeinden ist deshalb mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zu rechnen.

Einzelnen Ausschussmitgliedern kommen die Gewerbesteuerereinnahmen im Worst Case mit 800.000 € sehr optimistisch vor. Die Firmen sind noch lange nicht zu ihrem vorherigen Betriebsumfang zurückgekehrt. Wenn noch eine zweite Infektionswelle kommt und einzelne Sparten wieder geschlossen werden, wird diese Zahl noch weiter sinken.

Auf Anfrage aus dem Verwaltungs- und Finanzausschuss teilt Bürgermeister Kressirer mit, dass es zu möglichen Förderprogrammen des Freistaates oder des Bundes für Gemeinden noch keine konkreten Angaben gibt. Jede Förderung die hier eingeplant werden würde, wäre absolute Spekulation. Die Zahlen, die jetzt in der Planung stehen, sind Stand heute vorhanden und mit diesen kann man rechnen.

Bürgermeister Kressirer weist weiters darauf hin, dass sich die Personalsituation im Rathaus immer mehr anspannt. Nach dem Schlüssel des Kommunalen Prüfungsverbandes von 3 Vollzeitmitarbeitern je 1000 Einwohner sollte die Gemeinde 15 Vollzeit-Mitarbeiter in der Verwaltung haben. Aktuell gibt es 12 Mitarbeiter, davon zwei in Teilzeit. In den nächsten Jahren sind aber sicherlich 1-3 Mitarbeiter einzustellen, damit die Verwaltung entlastet wird und leistungsfähig bleibt.

Ein weiteres Thema das auf die Gemeinde zukommt, ist die München-Zulage in den Kindergärten. Die Gemeinde müsste dem Träger hierfür einen Zuschuss gewähren, damit dieser die München-Zulage an seine Mitarbeiter bezahlen kann oder es müssen die Elternbeiträge angehoben werden. In der näheren Umgebung gibt es bereits einige Einrichtungen, in denen die Zulage bezahlt wird. Es besteht die Gefahr, dass Personal in diese Einrichtungen abwandert.

Beschluss:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss empfiehlt, in den Jahren 2022 und 2023 die Kreisumlage bei 2,8 Mio € zu belassen und nicht mit einer Erhöhung zu rechnen.

Anwesend 6 : Ja 5 : Nein 1

3. Ermittlung von Einsparmöglichkeiten und Erhöhung von Einnahmen im Verwaltungshaushalt

Im Verwaltungs- und Finanzausschuss werden einzelne Positionen im Verwaltungshaushalt angesprochen, bei denen möglicherweise eine Erhöhung erzielt werden kann.

Die Einnahmen des Netto-Grundstückes erfolgen über Erbpacht. Die Pacht könnte möglicherweise über mehrere Jahre im Voraus mit einer zu vereinbarenden Abzinsung bezahlt werden. Das würde der Gemeinde in der derzeitigen Situation etwas helfen und. Der Erbbauberechtigte muss damit natürlich auch einverstanden sein.

Bei den Feuerwehren soll nachgefragt werden, ob die beantragten Beschaffungen schon alle getätigt wurden und ob diese wirklich notwendig sind. Wenn nicht, sollten diese Ausgaben gestrichen werden.

Es wird die Frage gestellt, ob auch beim Haushalt des Schulverbandes etwas eingespart werden kann.

Nach Meinung von Bürgermeister Kressirer ist das schwierig darstellbar. Die Pachten und die Schülerbeförderung können kaum verändert werden. Die Kopierkosten sind auch kaum zu kürzen. Die Verwaltungs- und Zweckausstattung ist für einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb ebenfalls notwendig. Die Essengelder sind nur durchlaufende Gelder.

Bei der Kinderbetreuung sind die Kosten für die Großraumzulage in dem Worst-Case-Szenario mit aufzunehmen.

Bei den Personalkosten soll mindestens mit einem zusätzlichen Mitarbeiter für die Kasse gerechnet werden.

4. Finanzielle Entwicklung des Vermögenshaushalts

Bürgermeister Kressirer teilt mit, dass die Gemeinde am Ende des Jahres 2019 rechnerisch schuldenfrei war. Den Rücklagen in Höhe von ca. 1,5 Mio € standen Kredite in Höhe von ca. 1,4 Mio € gegenüber. Mit einer Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt kann nicht gerechnet werden. Der Vermögenshaushalt muss deshalb über Kreditaufnahmen oder Einnahmen aus Zuwendungen bedient werden. In der Genehmigung des Haushaltes 2020 hat das Landratsamt Erding der Gemeinde zur Auflage gemacht, die geplanten Investitionen zu priorisieren, sodass die Verschuldung deutlich sinkt.

GL Fryba verleiht in Auszügen die rechtsaufsichtliche Genehmigung des Landratsamtes Erding für den Haushalt 2020 der Gemeinde Finsing.

Für die Entwicklung des Vermögenshaushalts hat Kämmerer Numberger ermittelt, welche Ausgaben 2020 bereits getätigt wurden und welche noch unvermeidbar sind. Die Unterlagen stehen den Ausschussmitgliedern zur Verfügung.

Bürgermeister Kressirer teilt mit, dass die größten und notwendigsten Investitionen in den kommenden Jahren die Erweiterung und Energetische Sanierung des Kinderlandes zur Sonnwend (5,2 Mio €), die Erweiterung der Schule Finsing am Westtrakt (6 Mio €) und die Sanierung des Hochbehälters der Wasserversorgung (1,2 Mio €) darstellen.

Es werden Überlegungen in den Raum geworfen, ob die Erweiterung der Schule Finsing oder die Maßnahmen am Kindergarten noch um ein paar Jahre geschoben werden können.

Vom Ausschuss wird zu bedenken gegeben, dass die Gemeinde in den nächsten Jahren Schwierigkeiten hat, ihren Verwaltungshaushalt auszugleichen. Die Mitglieder erkundigen sich, ob es unter diesen Voraussetzungen rechtlich überhaupt möglich ist, größere Investitionen vorzusehen und was passiert, wenn die Gemeinde einen Haushalt ohne Einsparungen im Vermögenshaushalt bei der Rechtsaufsicht abgibt.

Bürgermeister Kressirer teilt mit, dass es sich bei den vorgenannten drei Projekten um Pflichtaufgaben der Gemeinde handelt, die zwingend erfüllt werden müssen. Die Rechtsaufsicht wird bei den nächsten Haushalten genau prüfen, ob Einsparungsmöglichkeiten bestehen und die Genehmigung nur unter entsprechenden Auflagen erteilen.

5. Ermittlung von Einsparmöglichkeiten und Erhöhung von Einnahmen im Vermögenshaushalt

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss geht die einzelnen Positionen im Vermögenshaushalt durch und priorisiert die Aufgaben in den nächsten Jahren.

Der Umzug des Bauamtes in die Apotheke, um endlich Barrierefreiheit herzustellen und die elektronische Schließanlage in Rathaus und Bauhof wären dringend notwendig, könnten aber geschoben werden.

Die Investitionen der Feuerwehren können zumindest um 3 Jahre nach hinten verschoben werden. Die Beschaffung des LF10 für die Feuerwehr Eicherloh sollte auch im Jahr 2025 noch ausreichen.

Die Erweiterung der Schule soll grundsätzlich in der Finanzplanung bleiben. GL Fryba hält es für realistischer, dass die Ausgaben im Jahr 2021 noch nicht so hoch sind und dafür in 2022 mehr anfällt.

Der Allwetterplatz kann nach 2025 geschoben werden. 10.000 € sollen für die Planung in 2020 belassen werden.

Der Ansatz für die Spielplätze kann in 2020 gestrichen werden. Ab 2021 sollen nur 10.000 € verbleiben, die aber möglichst nicht in Anspruch zu nehmen sind, das bedeutet, defekte Spielgeräte werden nicht ersetzt.

Zur Erweiterung und Sanierung des Kinderlands zur Sonnwend wird angefragt, ob man Raum und Zeit durch die Übernahme der Kindertagesstätte St. Georg durch die Kinderland PLUS gGmbH gewinnt. Eventuell können nun Räume in der Kindertagesstätte St. Georg genutzt werden, die bisher ungenutzt geblieben sind. Dann könnte man die Erweiterung des Kinderlandes zur Sonnwend noch schieben.

Bürgermeister Kressirer sieht das kritisch. Die Eröffnung der Kinderkrippenräume in der Kindertagesstätte St. Georg ist unabhängig von der geplanten Erweiterung dringend notwendig. Die Erweiterung des Kinderlandes zur Sonnwend sollte vor der Sanierung der Kinderhäuser „Zur Sonnwend“ und „Am Park“ fertiggestellt sein. In den neuen Räumen würden dann zunächst die bestehenden Gruppen untergebracht, während die beiden Kinderhäuser saniert werden. So könnte man vermeiden, dass man eine teure Containerlösung benötigt.

Nach Meinung von GL Fryba ist es realistischer, dass erst 2022 ein größerer Anteil der Ausgaben für die Erweiterung des Kindergartens fällig wird.

Die Sanierung des Kindergartens Eicherloh wird in 2024 geschoben.

Beim Tribünenbau wurden durch den FC Finsing die meisten Aufträge schon vergeben. Maler, Fliesen und Bodenbelag wären das nächste Ausschreibungspaket.

Im Ausschuss entsteht eine Diskussion darüber, ob der FC Finsing noch weitere Gewerke in Eigenleistung erledigen kann.

Es wird darauf hingewiesen, dass viele Arbeiten, die in Eigenleistung geplant sind, erst noch kommen. Es muss mit dem Verein geklärt werden, ob die Eigenleistungen noch erhöht werden können.

Die provisorische Parkplatzanlage mit dem notwendigen Unterbau nördlich der Tribüne könnte geschoben werden oder vorübergehend nur provisorisch hergestellt werden. Mit der Bauaufsicht am Landratsamt ist zu klären, ob eine Ausnahmegenehmigung für einen späteren Bau möglich ist.

Das Beachvolleyballfeld am Badeweiher kann aus dem Planungszeitraum hinausgeschoben werden.

Die Dorferneuerung in Finsing muss geschoben werden. Bevor das Thema mit der Regenwasserkanalisation nicht geklärt wurde, werden hier vermutlich sowieso keine Maßnahmen durchgeführt. Nur die Geh- und Radwegverbreiterung östlich der Schule Finsing beim Anwesen Neufinsinger Straße 31 sollte im Haushalt bleiben. Diese kleine Maßnahme wäre auch wichtig, damit das Amt für ländliche Entwicklung die Ortschaft Finsing nicht irgendwann aus dem Programm herausnimmt.

Es sollte auch darüber nachgedacht werden, die Einnahmensituation eventuell durch den Verkauf von Wohnungen zu verbessern.

Beim Breitbandausbau weist Bürgermeister Kressirer darauf hin, dass es trotz des Glasfaserausbaus durch die Telekom und die Deutsche Glasfaser noch einzelne Anwesen gibt, die noch keinen Glasfaseranschluss erhalten konnten. Der Freistaat plant ein Förderprogramm, das bestehende Lücken schließen soll. Das bereits für die Gemeinde tätige Planungsbüro müsste beauftragt werden, die Kosten zu ermitteln. Diese Ausgaben müssten dann noch in den Haushalt aufgenommen werden.

Der geplante Radweg entlang des Kirchenwegs von Neufinsing nach Eicherloh muss aus dem Finanzplan hinausgeschoben werden.

Die Erschließung des Wiesenweges wird eventuell erst nächstes Jahr erfolgen können, aber diese Maßnahme muss durchgeführt werden, damit die Gemeinde die Baugrundstücke veräußern kann.

Die Ausgaben für die Erschließung des Baugebietes „Nördlich Traberweg“ wird sich vermutlich auf 50.000 € reduzieren.

Die Beschaffung eines Unimog für den Bauhof sowie die Sanierung der Außenanlagen des Bauhofs sind aus dem Finanzplan hinauszuschieben. Nur ein kleiner Betrag für die Pflanzung einer Hainbuchenhecke sollte im Finanzplan bleiben.

Die Sanierung der Straßenbeleuchtung Finsinger Straße kann geschoben werden.

Die Kosten für die Maßnahme an der Gfällach sollten im Finanzplan bleiben. Hier stehen viele Zuschüsse entgegen, sodass die Gemeinde Finsing kaum noch Kosten hat.

Die Regenwasserkanalisation in Finsing muss geschoben werden.

Die Erweiterung der Urnenstelen am Friedhof Neufinsing sollten im Finanzplan bleiben. Bestattungen sind eine Pflichtaufgabe der Gemeinde.

Im Bürgerhaus Eicherloh muss zumindest der Brandschutz sichergestellt werden. Diese Ausgaben müssen im Finanzplan bleiben. Die Energetische Sanierung und Barrierefreiheit ist im Finanzplan nicht vorgesehen. Sie wird erst nach 2025 möglich sein.

Die Sanierung des Hochbehälters und die Erneuerung des Wasserleitungsnetzes muss über den Finanzierungszeitraum hinausgeschoben werden.

Beim Umbau des alten Sparkassengebäudes, Hauptstraße 4 werden die Kosten bis auf ca. 100.000,00 € gestrichen.

6. Anfragen, Wünsche und Informationen

Es werden keine Anfragen, Wünsche oder Informationen vorgebracht.

1. Bürgermeister Max Kressirer beendet die öffentliche 1. Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses um 22:30 Uhr.

Neufinsing, den 23. Juli 2020

Vorsitzender: 1. Bürgermeister Kressirer

Schriftführer: Sabrina Horneck

Christian Numberger
